



2011/1

journal nachhaltigkeit

Sonderausgabe

Der Newsletter des Akteursnetzwerks Nachhaltiges Österreich

thema

**Österreichische Strategie
Nachhaltige Entwicklung
Mission, Mehrwert, Initiativen**



inhalt

3	editorial
4	thema: Österreichische Strategie Nachhaltige Entwicklung
	4 Strategischer Rahmen: Bündelung der Kräfte für Aufgaben der Zukunft
	5 Der Mehrwert der Strategie: Gemeinsamer Kompass für vielfältige Initiativen
	6 Das Arbeitsprogramm 2009-2010: Nachhaltigkeit im Alltag erfahrbar machen östrat-initiativen
	7 Arbeit unter fairen Bedingungen für alle
	8 Globale Verantwortung
	10 Sozialkapital und gesellschaftlicher Zusammenhalt
	12 Nachhaltigkeit auf lokaler und regionaler Ebene
	14 Ökoeffizienz und Ressourcenmanagement
	16 Verantwortungsvolles Unternehmertum
	18 Bildung, Kommunikation und Forschung
	20 Good Governance
	22 Gesundheit, Prävention und Altern

impressum

Medieninhaber und Herausgeber: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, 1010 Wien, Stubenbastei 5 **Herstellungsort:** Wien
Hersteller: Druckerei Robitschek, 1050 Wien (ausgezeichnet mit dem österreichischen Umweltzeichen UW 689) **Verlagsort:** Wien **Redaktion:** Johannes Steiner, Erich Dallhammer, Martina Handler, Claudia Dankl **Layout:** Alexander Schatek, 2700 Wiener Neustadt **Satz:** ÖIR, 1010 Wien **Offenlegung (§ 25 Mediengesetz):** In seiner grundlegenden Ausrichtung verfolgt das *journal nachhaltigkeit* die Information der Mitglieder des „Akteursnetzwerks Nachhaltiges Österreich“ und anderer ausgewählter Zielgruppen über aktuelle Ereignisse, Entwicklungen, Umsetzungserfolge und Konzepte der nachhaltigen Entwicklung.

Kontakt: journal-nachhaltigkeit@lebensministerium.at

Die Verantwortung für die Inhalte der gezeichneten Artikel liegt bei den AutorInnen. Sie geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Fotonachweise: Cover und Seiten 3, 7–24: istockphoto.com, Seite 6: eigene Darstellung, Seite 7: NESTOR^{GOLD}-Gütesiegel für alter(n)sgerechte Organisationen und Unternehmen. Ausgezeichnetes Alter(n)smanagement. Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, 2011, Seite 8: BMeiA, Sektion VII, Seite 9: Lebensministerium, Seite 10: Büro für Zukunftsfragen, Seite 11: BMASK/www.freiwilligenweb.at; Europäische Union, 1995-2010, Seite 14: ÖkoKauf Wien, Seiten 17 und 18: Amt der Steiermärkischen Landesregierung, Fachabteilung 19D, Seite 19: Plansinn; HBF/Srodic, Seite 22: BMASK

Gedruckt auf Profisilk 170 g, nach der Richtlinie des Österreichischen Umweltzeichens „Druckerzeugnisse“



Das *journal nachhaltigkeit* wird im Rahmen des Projekts „Akteursnetzwerk Nachhaltiges Österreich“ vom Lebensministerium in Zusammenarbeit mit den Bundesländern und dem Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend herausgegeben und gemeinsam finanziert.



2011/1

editorial

Im Zentrum der Politik angekommen

Harald Dossi
Eva Persy
Wolfram Tertschnig

Nachhaltige Entwicklung hat in den vergangenen Jahren unter den politischen Handlungszielen zunehmend an Bedeutung gewonnen. Sie spricht Themen an, die alle zu den drängenden Zukunftsfragen unserer Gesellschaft zählen: Kampf gegen Klimawandel, Umgang mit knappen Ressourcen, Migration als soziale Herausforderung, Zusammenhalt der Generationen in alternden Gesellschaften – um nur einige zu nennen. Dies macht aber auch deutlich, dass nachhaltige Entwicklung eine komplexe gesellschaftliche Aufgabe ist. Sie hat viele Dimensionen, sie involviert viele Handlungsebenen und sie braucht das Engagement der in ihrem jeweiligen lokalen und regionalen Umfeld tätigen Akteurinnen und Akteure. Und dazu bedarf sie eines Instruments, das dabei Richtung und Orientierung gibt.

Die Erarbeitung einer gesamtösterreichischen, von Bund und Ländern akkordierten Strategie für nachhaltige Entwicklung (ÖSTRAT) markiert deshalb einen Meilenstein der Entwicklung. Sie signalisiert, dass Nachhaltigkeit ihren ökologischen Ursprüngen und Dimensionen entwachsen ist und sich als Querschnittsmaterie im Kernbereich gesellschaftlicher Diskussion und politischen Handelns etabliert hat.

Der Ruf nach einem ökologischen Umbau der Gesellschaft und jener

nach Sicherung von Arbeitsplätzen sind in ihrem Selbstverständnis keine Antipoden, sondern Ausdruck einer gesellschaftlichen Doppeldividende: Ökologische Innovationen geben Antworten auf Klimawandel und Ressourcenknappheit – und sie eröffnen der Wirtschaft neue Chancen auf internationalen Märkten und den Menschen Aussicht auf nachhaltige Beschäftigung. Die ÖSTRAT folgt aber auch der Überzeugung, dass sich neue, nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster nur unter einem hohen Grad sozialer Kohäsion umsetzen lassen, der starke Sozialnetze, Chancengleichheit und faire Zugangsmöglichkeiten zu Bildung und Qualifikation voraussetzt.

Die Strategie erfordert dazu auch neue, erweiterte Governance-Modelle, die vertikale Ziel- und Umsetzungskohärenz unter ihren vielen Handlungsebenen – global, europäisch, national, regional, lokal – garantieren. Beispielgebend dafür ist eine Politikfelder übergreifende und Bund und Länder integrierende Koordination. Ihren operativen Ausdruck findet sie im bereits weitgehend umgesetzten Arbeitsprogramm 2009-2010. In dieser Sonderausgabe informiert das *journal nachhaltigkeit* über die ÖSTRAT und gibt einen Überblick über ausgewählte Initiativen des Bundes und der Länder.

östrat

Strategischer Rahmen Bündelung der Kräfte für **Aufgaben der Zukunft**

Nachhaltige Entwicklung ist ein gesellschaftlicher Prozess. Es bedarf nicht primär Normen und technologischer Veränderungen, sondern eines klugen und kreativen und vor allem ganzheitlichen Umgangs mit den Herausforderungen der Zukunft. Vor diesem Hintergrund haben der Ministerrat und die Landeshauptleutekonferenz beschlossen, die Kräfte der Länder und des Bundes in einem gemeinsamen strategischen und organisatorischen Rahmen zu bündeln.

Die Österreichische Strategie Nachhaltige Entwicklung (ÖSTRAT) wurde im Mai 2009 von den Landeshauptleuten und im Juli 2010 vom Ministerrat beschlossen. Sie baut auf den Zielen und Politikprinzipien der Nachhaltigkeitsstrategie der Europäischen Union, der Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes (NSTRAT, 2002) sowie den Strategien und Programmen der Länder im Bereich Nachhaltiger Entwicklung auf und orientiert sich auch an den Millenniumszielen der Vereinten Nationen.

Die ÖSTRAT positioniert sich ergänzend zu jenen Aktivitäten, die vom Bund in seiner Gesamtheit, von einzelnen Ressorts auf Grundlage ihrer sektoralen Zuständigkeiten oder einzelnen Bundesländern für sich alleine gesetzt werden. Sie richtet sich primär an Politik und Verwaltung und eröffnet Räume für themenspezifische Kooperationen zwischen den einzelnen PartnerInnen (Bund, Länder, Regi-

onen, Gemeinden, Sozialpartner und zivilgesellschaftliche Organisationen). Für die Abstimmung und Umsetzung der Aktivitäten werden die bestehenden Mechanismen im Bereich nachhaltiger Entwicklung genutzt.

Querschnittsthemen mit Synergiepotenzial

Das Arbeitsprogramm 2009-2010 – der operative, ergebnisorientierte Teil der ÖSTRAT – greift zentrale Themenfelder aus einer langfristigen Perspektive auf und erläutert die konkreten Herausforderungen und mittelfristigen Ziele. Deren gemeinsame Merkmale sind, dass sie als Querschnittsthemen nur über Ressortgrenzen hinweg bearbeitet werden können und dass sie ein hohes Synergiepotenzial in der Zusammenarbeit von Bund und Ländern aufweisen. Einige Themen wurden bewusst nicht vertieft, weil sie in anderen Prozessen bereits intensiv bearbeitet werden. Im Rahmen der

Themenfelder wurden Initiativen erarbeitet, die für eine besondere Qualität der Zusammenarbeit stehen. ÖSTRAT-Initiativen folgen dem Grundsatz der Ganzheitlichkeit im Sinne der wirtschaftlichen, ökologischen und soziokulturellen sowie der zeitlichen Dimension. Darüber hinaus zeichnen sie sich durch Vorbildwirkung und Innovationskraft aus. Ergänzend zu den Initiativen wurden ausgewählte, einschlägige „Beispiele mit Modellcharakter“ ins Programm genommen.

Basis oder Bezugsrahmen

Seitens der Länder wurde im Laufe des Prozesses auch reflektiert, ob die Erarbeitung regionaler Nachhaltigkeitsstrategien als Klammer zwischen der ÖSTRAT und vorhandenen Strategien und Programmen zweckmäßig und dadurch ein klarer Mehrwert gegeben wäre. Da die Voraussetzungen in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich sind, wurde diese Frage auch unterschiedlich beantwortet. Die ÖSTRAT trägt dem Rechnung, indem sie beiden Erfordernissen gerecht wird: Sie kann einerseits unmittelbar als Basis für die strategische Arbeit auf Landesebene dienen, andererseits auch Bezugsrahmen für eigene Landesstrategien sein.

Alle Dokumente zur ÖSTRAT und weiterführende Informationen finden sich auf www.nachhaltigkeit.at. ■

östrat

Ulrike Haslinger, Thomas Steiner

Der Mehrwert der Strategie Gemeinsamer Kompass für **vielfältige Initiativen**

Nachhaltige Entwicklung ist mittlerweile zum Leitmotiv politischen Handelns und gesellschaftlicher Gestaltung geworden. Aus diesem Verständnis heraus sind in den vergangenen Jahren zahlreiche Initiativen entwickelt und Aktivitäten gesetzt worden – vom Bund in seiner Gesamtheit, von den einzelnen Ressorts, von den Bundesländern. Welchen Mehrwert bringt da die Österreichische Strategie Nachhaltige Entwicklung (ÖSTRAT) ein?

Der Mehrwert der ÖSTRAT liegt in ihrem Charakter:

- Die ÖSTRAT ist eine ermöglichende Strategie: Sie gibt den Nachhaltigkeitsaktivitäten von Bund und Ländern eine gemeinsame Richtung, lässt aber gleichzeitig Räume, Wege und innovative Lösungen für die sektoralen ebenso wie für regional und lokal angepasste Entscheidungsfindungen offen.
- Die ÖSTRAT ist der Subsidiarität verpflichtet: Durch gemeinsames Vorgehen dort, wo Landes- oder Bundesaktivitäten alleine nicht ausreichen, wird rasches, zielorientiertes Handeln möglich.
- Die ÖSTRAT definiert einen inhaltlichen und organisatorischen Rahmen, innerhalb dessen sich das gemeinsame Nachhaltigkeitshandeln von Ländern und Bund bewegt. Sie benennt im Arbeitsprogramm konkrete Herausforderungen, Handlungsziele, Maßnahmen und Umsetzungsprozesse zu aktuellen Fragen und gibt dadurch Richtungssicherheit.
- Die ÖSTRAT ist eine lernende Strategie: Sie wird in regelmä-

ßigen Abständen auf ihre Effizienz und Zielgerichtetheit evaluiert und fortgeschrieben und nimmt durch externe Evaluation den Blick von Außen auf. So schafft sie laufend beste Entscheidungsgrundlagen und ist Motor für Weiterentwicklungen und Innovationen.

- Die ÖSTRAT ist ein freiwilliger, gemeinsamer, ebenenübergreifend strategischer und ergebnisorientierter Prozess mit Programmen, die konsensual erarbeitet, beschlossen und kooperativ umgesetzt werden. Damit werden ein Zukunftweisender Weg in der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern eröffnet, Barrieren abgebaut und im Sinne der Volkswirtschaft Mittel sparsam und wirkungsorientiert eingesetzt. Diese Charakteristik der ÖSTRAT findet ihre Bestätigung auch bei den Ownern der im ÖSTRAT-Arbeitsprogramm repräsentierten Initiativen, also bei jenen Personen unterschiedlicher Bundes- und Landesstellen, die für eine Initiative besondere Verantwortung übernehmen. In einer Umfrage sehen sich die Owner durch die ÖSTRAT in ihrer Kompe-

tenz gestärkt. Den Mehrwert erkennen sie in folgenden Punkten:

- Die ÖSTRAT-Beschlüsse auf Ministerrats- und Landeshauptleutenebene geben Legitimation für die Bearbeitung drängender, komplexer Themen in einem klaren, prozessorientierten Rahmen für sektorübergreifendes Arbeiten.
- Der ÖSTRAT-Prozess bietet im Rahmen der Arbeitsprogrammentwicklung Gelegenheit, Ideen zu entwickeln, zu präsentieren, zu diskutieren, zu präzisieren, zu hinterfragen und zu überprüfen.
- Die Owner finden gute Zugänge zu Informationen/Daten, Netzwerken und Strukturen vor. Für sie eröffnen sich neue, interessante Inhalte, Gesichtspunkte, Ansätze und Möglichkeiten.
- Innovative Prozesse lassen innovative Strukturen und Produkte entstehen. Owner können günstig standardisierte, innovative und praktische Methoden und Werkzeuge/Instrumente erwerben, die das Arbeiten erleichtern helfen.
- Die vorhandenen Gremien und Netzwerke sorgen für Öffentlichkeit und die Verbreitung von Ideen, wie auch für das Einhalten von Kriterien im Sinne einer guten Qualitätssicherung. ■



DIⁿ Ulrike Haslinger

ist Mitarbeiterin im Bereich Nachhaltige Entwicklung der Wiener Umweltschutzabteilung – MA 22.



DI Thomas Steiner

ist Nachhaltigkeitskoordinator des Landes Niederösterreich.

östrat

Josef Taucher

Das Arbeitsprogramm 2009-2010

Nachhaltigkeit im Alltag erfahrbar machen

Das von Bund und Ländern akkordierte ÖSTRAT-Arbeitsprogramm 2009-2010 umfasst 42 konkrete Initiativen in neun Themenfeldern. Damit wurde der abstrakte Begriff Nachhaltigkeit praktisch erfahrbar und durch jede Initiative mehr im Alltag der Menschen verankert.

Das ÖSTRAT-Arbeitsprogramm 2009-10 auf Basis des Beschlusses der Landeshauptleutekonferenz (Mai 2009) umfasste 32 Initiativen in folgenden sieben Themenfeldern:

- Globale Verantwortung
- Gesellschaftlicher Zusammenhalt Sozialkapital
- Nachhaltigkeit auf lokaler und regionaler Ebene
- Ökoeffizienz und Ressourcenmanagement durch nachhaltige Mobilität, Konsum- und Produktionsmuster
- Verantwortungsvolle Unternehmen (CSR) als Erfolgsfaktor für

den Wirtschafts- und Arbeitsstandort Österreich

- Bildung, Kommunikation und Forschung für nachhaltige Entwicklung
- Good Governance – Qualitätvolle Zusammenarbeit von Staat und Zivilgesellschaft

Mit dem Ministerratsbeschluss im Juni 2010 kamen weitere zwei Themenfelder

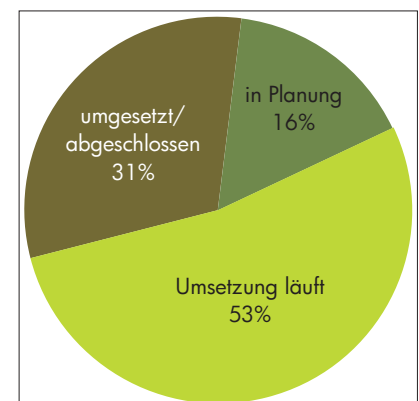
- Öffentliche Gesundheit, Prävention und Altern
- Arbeit unter fairen Bedingungen für alle

und Initiativen des Bundes dazu, so dass das Arbeitsprogramm nun 42 Initiativen in neun Themenfeldern enthält.

Für jede Initiative ist ein/e Owner/in definiert als verantwortliche Institution und von dieser eine zuständige Ansprechperson, die dafür sorgt, dass die Initiative ausreichend

Unterstützung erhält und mittel- bis langfristig verfolgt bzw. umgesetzt wird.

Mit März 2011 waren bereits 53 % der Initiativen in Umsetzung



Umsetzungsstand

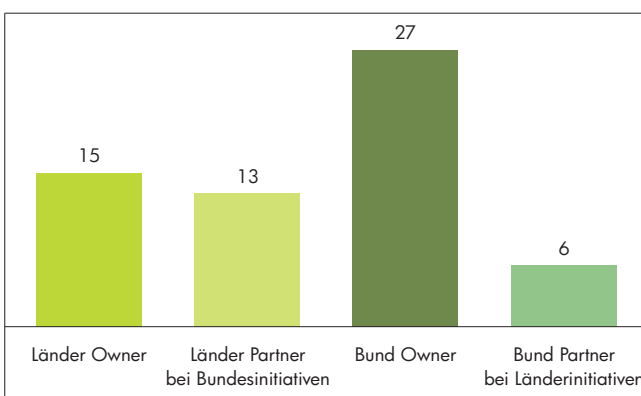
sowie 31 % umgesetzt und 16 % sind im Planungsstadium.

Im Folgenden werden 21 ausgewählte Initiativen aus den neun Themenfeldern des Arbeitsprogramms vorgestellt. Allen ÖSTRAT-Initiativen ist gemeinsam, dass sie jeweils in Kooperation mehrerer Bundesressorts, länderübergreifend bzw. in Zusammenarbeit von Bund und Ländern umgesetzt werden. ■



Mag. Josef Taucher,

Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik (ÖGUT), unterstützt die NachhaltigkeitskoordinatorenInnen-Konferenz bei der Umsetzung und Weiterentwicklung der ÖSTRAT.



Verteilung der Initiativen

östrat-initiativen

Themenfeld

Arbeit unter fairen Bedingungen für alle

Erwerbsarbeit ist nach wie vor die Existenzbasis für die große Mehrheit der Bevölkerung. Sie wird aber fragiler: einerseits durch den steigenden Trend der Arbeitslosigkeit, andererseits durch die Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse, die auch jenen, die einen Job haben, kein ausreichendes Auskommen garantieren. Mit Blick auf das steigende Durchschnittsalter der Erwerbstätigen werden alter(n)sgerechte Arbeitsbedingungen immer wichtiger.

NESTOR^{GOLD}

Gütesiegel für altersgerechte Arbeit

Um die nachhaltige Sicherung des Sozialstaats sowie die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Österreich auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels zu gewährleisten, gilt es, den längeren Verbleib der Erwerbstätigen im Arbeitsprozess optimal zu unterstützen. Um das stärker ins Bewusstsein zu rücken und dafür Anreize zu geben, entwickelte das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (BMASK) gemeinsam mit dem Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend (BWFJ), den Sozialpartner-Organisationen und dem AMS das Gütesiegel NESTOR^{GOLD} für alter(n)sgerechte Unternehmen und Organisationen.

Ziel der Initiative ist es, die österreichischen Betriebe nachhaltig auf die in Zukunft stark veränderte Altersstruktur der Bevölkerung vorzubereiten, indem das Bewusstsein für den besonderen Wert, die Potenziale und Bedürfnisse älterer MitarbeiterInnen gestärkt und die

Umsetzung konkreter Maßnahmen in diesem Bereich gefördert wird. Das Zertifikat ist als Weiterentwicklung und Aufwertung des vom BMASK 2004 bis 2007 initiierten Nestor-Wettbewerbs zu sehen und wird alle zwei Jahre durch den Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz verliehen. 2010 wurden erstmals drei Pilotbetriebe mit dem Gütesiegel NESTOR^{GOLD} ausgezeichnet. Derzeit läuft die Bewerbungsphase für die nächste Verleihung im Jahr 2012.

Im Rahmen des Zertifizierungsprozesses, den Unternehmen und Organisationen für den Erwerb des Gütesiegels durchlaufen, werden gemeinsam mit ExpertInnen



für Altersmanagement individuelle Maßnahmen für ein alter(n)s- und geschlechtergerechtes sowie lebensphasenorientiertes Arbeitsumfeld entwickelt. Gleichzeitig erfolgt eine Überprüfung des Betriebes durch eigens dafür ausgebildete AssessorInnen auf seine Alter(n)s-gerechtigkeit anhand von 27 Indikatoren, die den vier Handlungsfeldern Individuum, Organisation, Vitalität und Kultur zuzuordnen sind. Auf Empfehlung der AssessorInnen trifft dann der Zertifizierungsbeirat, zusammengesetzt aus VertreterInnen der Ministerien und Interessenvertretungen, die Entscheidung über die Auszeichnung. Die Zertifizierung gilt für einen Zeitraum von drei Jahren und kann dann durch einen verkürzten Rezertifizierungsprozess neuerlich erworben werden.

■ Mag.^a Sylvia Bierbaumer
e sylvia.bierbaumer@bmask.gv.at
t +43 1 711 00 6179
www.bmask.gv.at

östrat-initiativen

Themenfeld

Globale Verantwortung

Der weltweite Ressourcenverbrauch ist nicht nachhaltig und die soziale Kluft zwischen Arm und Reich weitet sich zusehends. Das belastet die Lebenschancen heute lebender und künftiger Generationen. Österreich wird sich auf internationaler Ebene für einen globalen sozialen Ausgleich und den Umbau zu einer nachhaltigen Wirtschaft einsetzen. Dazu gilt es auch das Verhältnis von Wirtschaftswachstum und nachhaltiger Entwicklung zu prüfen.

Leitfaden Umwelt und Entwicklung

Richtschnur für **Entwicklungszusammenarbeit**

Der „Strategische Leitfaden Umwelt und Entwicklung“ wurde von einer interministeriellen Arbeitsgruppe gemeinsam mit Vertretern der Zivilgesellschaft erarbeitet und im September 2009 vom Ministerrat zur Kenntnis genommen. Er versteht sich als Richtschnur für alle öffentlichen Akteure Österreichs.

Grundsätze

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit bekennt sich zu den Umweltkonventionen der UNO, den Grundsätzen der EU-Politiken und der Pariser Deklaration der OECD über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit. Besondere Aufmerksamkeit schenkt sie partnerschaftlichem Agieren, der Berücksichtigung kultureller und sozialer Rahmenbedingungen, Geschlechtergleichstellung und dem Empowerment von Frauen.

- Ergänzend dazu will sie
- Synergien zwischen Umweltschutz und Armutsminderung nutzen,
 - negative Umweltwirkungen verhindern und positive maximieren,
 - integrierte, multisektorielle Ansätze vorzugsweise verfolgen,

- lokale Eigentümerschaft und das lokale Management der natürlichen Ressourcen fördern,
- sich für die Integration von Umweltschutz in nationale Entwicklungspläne stark machen,
- Bewusstseinsbildung und Kapazitätsentwicklung im Umweltschutz unterstützen,
- ganzheitlichen Zugang zu Umweltgütern und gerechte Beteiligung am Nutzen von Umweltschutz fördern,
- international zusammenarbeiten und Beiträge zur Umsetzung der Umweltkonventionen leisten,
- Erfahrungen und Know-how der österreichischen Gesellschaft nutzen.

Thematische Handlungsfelder und Ziele sind das nachhaltige Management der natürlichen Ressourcen, Desertifikationsbekämpfung und Erhalt der Biodiversität, nachhaltiges Chemikalien- und Abfallmanagement, Klimaschutz sowie Wasser und Siedlungshygiene.

Umsetzungsstrategie

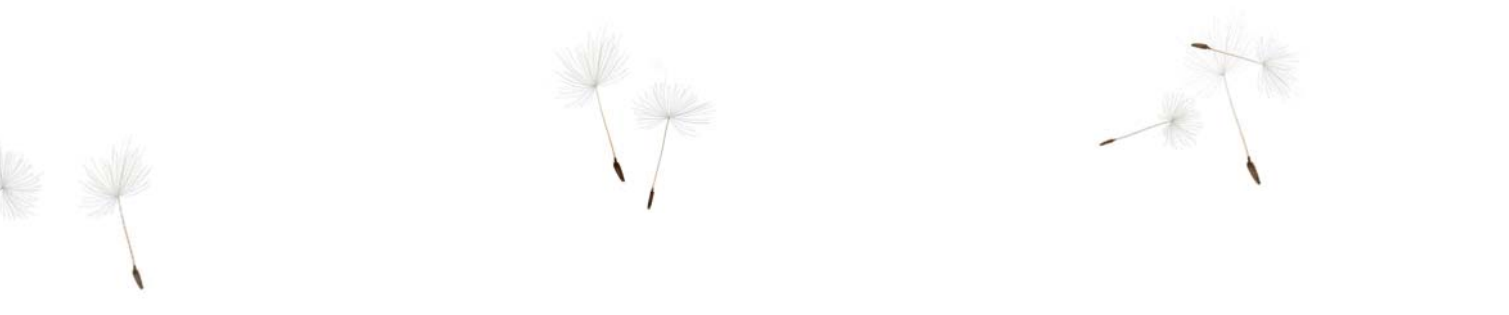
Für die Umsetzung dieser Grundsätze sind die Förderung der Dezentralisierung und die Integration von Umweltzielen und -maßnahmen

in lokale Entwicklungspläne, Entwicklungsfonds und Projekte wesentlich. Ebenso gilt es, lokale zivilgesellschaftliche Organisationen zu stärken und eine breite Beteiligung der Bevölkerung zu forcieren. Auch die multilaterale Zusammenarbeit sowie die Partnerschaft mit Organisationen der zivilen Gesellschaft und der Privatwirtschaft bieten wertvolle Ansatzpunkte für die Umsetzung.

Als Instrument für Informationsaustausch und zur Verbesserung der innerösterreichischen Kohärenz wurde eine „informelle Plattform“ eingerichtet. Ihr obliegt auch das Verfolgen der Umsetzung des Leitfadens.

- MMag. Franz Breitwieser
e franz.breitwieser@bmeia.gv.at
t +43 5 011 50 44 46
www.bmeia.gv.at





Wachstum im Wandel

An den Grenzen eines Dogmas

Die Initiative „Wachstum im Wandel“ wurde als notwendige Konsequenz auf die unübersehbaren Probleme ins Leben gerufen, mit welchen das dominierende kapitalistische Wirtschaftssystem zunehmend konfrontiert ist. Zusehends gelangen wir mit der paradigmatischen Forderung nach anhaltendem Wirtschaftswachstum an ökologische Grenzen, soziale Abgründe und in ökonomische Sinnkrisen. Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise, die uns unsere gegenseitige globale Abhängigkeit und somit auch Verantwortung deutlich vor Augen führt, bestätigt einmal mehr die brennende Aktualität dieser bereits 2007 vom österreichischen Lebensministerium gestarteten Initiative. In diesem Jahr wurden das Sustai-

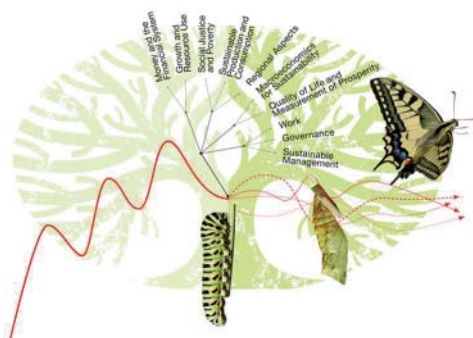
nable Europe Research Institute (SE-RI) und Karuna Consult beauftragt, ein Argumentarium zu entwerfen, welches sich mit diesen Problemen und der Frage auseinandersetzt, in welchem Verhältnis Wachstum und nachhaltige Entwicklung zueinander stehen. Die Antworten und Ergeb-

nisse dieses Stakeholderprozesses wurden schließlich 2009 in einem Band unter dem Titel „Welches Wachstum ist nachhaltig? Ein Argumentarium“ veröffentlicht. Aufbauend auf

diesem ersten Signal an die Öffentlichkeit wurde dann im Jänner 2010 die erste internationale Konferenz unter dem Titel „Wachstum im Wandel“ in Wien ausgerichtet. An zwei Tagen diskutierten über 600 TeilnehmerInnen vielfältige Aspekte rund um das Thema Wachstum.

Aus Perspektive der ÖSTRAT sind neben der vehementen Forderung nach einer nachhaltigen Gestaltung ökologischer, ökonomischer und sozialer Prozesse vor allem die Beteiligungsprozesse im Rahmen von Wachstum im Wandel hervorzuheben. So sind neben der Wirtschaft, den Sozialpartnern und CSOs (Chief Security Officer) auch Bund und Länder immer wieder gemeinsam an der Umsetzung beteiligt. Aktuell wird auf Basis der Ergebnisse der Konferenz in mehreren Policy-Science Stakeholderdialogen an einer Policy-Paper-Reihe gearbeitet, in der wachstumsrelevante Fragen vertieft und weiter aufbereitet werden. Darauf aufbauend wird Ende 2012 eine zweite internationale Konferenz „Wachstum im Wandel“ abgehalten, zu der alle interessierten Stakeholder wieder herzlich eingeladen sind.

■ Mag.^a Elisabeth Freytag
 e elisabeth.freytag@lebensministerium.at
 t +43 1 515 22 13 02
 www.wachstumimwandel.at



östrat-initiativen

Themenfeld Sozialkapital und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Die demografischen Trends – steigende Lebenserwartung, sinkende Geburtenzahlen, Zurückdrängung traditioneller Familienmodelle – stellen den gesellschaftlichen Zusammenhalt auf die Probe. In vielfältigen sozialen Beziehungen erarbeitetes Sozialkapital wird da zu einem wesentlichen Faktor für gesellschaftliche Stabilität. Die Stärkung gemeinschaftlichen, zivilgesellschaftlichen Engagements ist dazu ein wichtiges Ziel.



Lernwelt Sozialkapital

Von der Theorie zur Praxis

Unter „Sozialkapital“ versteht man in der Wissenschaft den sozialen Zusammenhalt innerhalb einer Gemeinschaft („gesellschaftlicher Kitt“). Diesem Thema widmet die internationale Forschung (vgl. OECD, WTO) heute besonders hohe Aufmerksamkeit. Denn es wurde erkannt, dass hier der Schlüssel zur nachhaltigen Entwicklung von Gemeinschaften liegt: In mehreren empirischen Studien konnten direkte Zusammenhänge von Sozialkapital mit wirtschaftlichem Erfolg, Gesundheit, Bildung, Lebensqualität und Sicherheit nachgewiesen werden.

Internationale Trends

International ist ein Rückgang des Sozialkapitals zu beobachten. Der moderne Lebensstil mit Geschäftigkeit und Zeitdruck, Stress und Wettbewerb sowie das umfassende Unterhaltungsangebot führen dazu, dass die Bereitschaft zu Engagement allgemein sinkt und die Beziehungen loser werden. Diese Entwicklung hat einen Preis, der heute noch kaum in seiner ganzen Trag-

weite abgeschätzt werden kann. So geraten nicht nur viele Menschen allmählich in die unfreiwillige Isolation, auch der gesellschaftliche Zusammenhalt schwindet. Durch die demografische Entwicklung wird sich dieser Druck auf das Sozialkapital noch verstärken.

Wie kann man Sozialkapital fördern?

Essentiell für das Sozialkapital ist nicht die Quantität, sondern vor allem die Qualität von Beziehungen. Ein wesentlicher Indikator für qualitätsvolle Beziehungen ist das wechselseitige Vertrauen: Je vertrauensvoller die Beziehungen zwischen Menschen (und sozialen Netzwerken), umso größer ist das Sozialkapital. Vertrauen kann man aber nicht verordnen, nicht erzwingen, nicht „machen“, Vertrauen ist gewissermaßen eine „erwünschte Nebenwirkung“ von gelungenen Beziehungen.

Was also kann man konkret tun, um Sozialkapital zu fördern? Auf der Suche nach Antworten auf diese Frage wurden vom Büro für Zukunftsfragen mehrere Pilotprojekte initiiert, gefördert oder evaluiert, wie etwa das Gemeindeprojekt „zämma leaba“ oder „friends and more“ – Sozialkapital macht Schule.



Ein intensiver Erfahrungsaustausch fand beim LA21-Gipfel „Vom Luxus des Wir – Was hält die Gesellschaft zusammen? Nachhaltigkeit und Sozialkapital“ im Herbst 2010 in Vorarlberg statt. Über 200 Teilnehmende aus ganz Österreich und dem angrenzenden Bodenseeraum nahmen daran teil und tauschten sich zur „Lernwelt Sozialkapital“ aus. Auch in der Zusammenarbeit mit dem Bodensee-Jugendgipfel im Juni 2010 fand eine intensive Auseinandersetzung mit dem Thema statt. 2011 finden zahlreiche Exkursionen statt, die ebenfalls einen Mehrwert an Wissen und praktischen Einsichten ermöglichen.

■ Dr.ⁱⁿ Kriemhild Büchel-Kapeller
e kriemhild.buechel-kapeller@vorarlberg.at
t +43 5574 511 206 15
www.vorarlberg.at/zukunft

Freiwilliges Engagement

Förderung der aktiven Bürgerschaft

Freiwilliges Engagement hat in Österreich einen hohen Stellenwert. 43,8 Prozent der österreichischen Bevölkerung ab 15 Jahren, also rund drei Millionen Menschen, sind freiwillig/ehrenamtlich aktiv. Die hohe Lebensqualität in unserem Land wird vom freiwilligen Engagement



in den unterschiedlichsten Bereichen wie Katastrophenhilfs- und Rettungsdiensten, Soziales, Kultur, Unterhaltung, Sport, Umwelt, Kirche oder Nachbarschaftshilfe wesentlich mitbestimmt. Freiwilligen-

tätigkeit bietet einen Mehrwert, schafft Sozialkapital und stärkt den sozialen Zusammenhalt. Neben einer erfolgreichen Beschäftigungspolitik und einem wirksamen Sozialstaat mit Rechtsansprüchen ist freiwilliges Engagement somit ein wesentlicher Bestandteil unseres Gesellschaftsmodells.

Neue Formen und Strukturen

Untersuchungen bestätigen, dass die Bereitschaft zum Engagement grundsätzlich nicht wesentlich nachgelassen hat, sich aber die Formen, Strukturen und Motive ändern. Diesen Herausforderungen als auch jenen aufgrund des demografischen Wandels gilt es aktiv zu begegnen. Dazu müssen gemeinsam und koordiniert weiterhin Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Freiwilligentätigkeit und der nachhaltigen Sicherung des freiwilligen Engagements diskutiert und gesetzt werden.

Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit

2011 wurde seitens der EU zum Europäischen Jahr der Freiwilligen-

tätigkeit zur Förderung der aktiven Bürgerschaft ausgerufen, um unter anderem die Voraussetzungen für freiwilliges Engagement zu verbessern und auf die große Bedeutung der Freiwilligentätigkeit aufmerksam



Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011

zu machen. Dieser Impuls stellt eine wichtige Unterstützung im Hinblick auf die längerfristigen Ziele wie Ab- und Qualitätssicherung von Freiwilligenengagement, Kompetenzanerkennung, Bedeutung und Wert von Freiwilligentätigkeit und Zusammenarbeit sowie Vernetzung dar.

■ Mag. Anton Hörting
e anton.hoerting@bmask.gv.at
t +43 1 711 00 3270
www.bmask.gv.at

östrat-initiativen

Themenfeld

Nachhaltigkeit auf lokaler und regionaler Ebene

Prozesse der Selbstorganisation und Beteiligung und die Etablierung lokaler und regionaler Wirtschaftskreisläufe sind für die Umsetzung nachhaltiger Entwicklung essentiell. Dazu sollen Agenda21-Prozesse und andere Beteiligungsmodelle eine Kultur der Nachhaltigkeit etablieren. Der Raumordnung kommt in der Gestaltung einer auf Nachhaltigkeit ausgerichteten räumlichen Entwicklung eine wichtige Rolle zu.



ZukunftsRaum Tirol

Leitlinie für räumliche Entwicklung

Mit dem von der Landesregierung beschlossenen Raumordnungsplan „ZukunftsRaum Tirol“ verfügt das Land Tirol seit 2007 über eine strategische Leitlinie für die räumliche Entwicklung des Landes, die sich von Grund auf an der Nachhaltigkeit orientiert. Derzeit läuft die erste Zwischenevaluierung. Sie ist die Basis für die Fortschreibung des Raumordnungsplans, die bis Jahresmitte von der Landesregierung beschlossen werden soll. Da die Aufgaben der Nachhaltigkeitskoordination in Tirol von der auch für Raumordnung und Regionalentwicklung zuständigen Stelle wahrgenommen werden, kann die Weiterentwicklung des „ZukunftsRaums“ optimal mit der Erstellung der Tiroler Nachhaltigkeitsstrategie synchronisiert werden.

Inhaltlich geht es dabei um den sorgsamsten Umgang mit der Ressource Grund und Boden in all seinen Facetten, den Zusammenhang von Raumordnung und Mobilität, die Stärkung insbesondere auch ländlicher Lebens- und Wirt-

schaftsräume sowie die Forcierung von Kooperationen. Die Evaluierungsbilanz ist in Summe sehr erfreulich, da rund zwei Drittel der vorgesehenen Maßnahmen bereits umgesetzt wurden oder sich in Durchführung befinden. In wichtigen Kernaufgaben der Raumordnung besteht allerdings nach wie vor großer Handlungsbedarf. Dieser betrifft insbesondere die weitere Forcierung der Innenentwicklung von Siedlungen, die noch stärkere Berücksichtigung der Verkehrswirkungen räumlicher Strukturen sowie die Sicherung und Entwicklung des Freiraums und seiner Funktionen. Diese Themen werden daher auch im Zentrum der Fortschreibung stehen.

Der „ZukunftsRaum Tirol“ wurde in einem breiten Beteiligungsprozess entwickelt: Rund 1.200 engagierte BürgerInnen, ExpertInnen, InteressenvertreterInnen, VertreterInnen von Gemeinden und öffentlichen Stellen sowie PolitikerInnen haben mitgearbeitet.

■ Mag. Franz Rauter
e raumordnung.statistik@tirol.gv.at
t +43 512 508 36 02
www.tirol.gv.at/themen/landesentwicklung/zukunftsraum

Vernetzte Initiativen

Sanfte Mobilität im Tourismus

In gewerblichen Unterkünften werden in Österreich jährlich rund 125 Millionen Gästenächtingungen verzeichnet, die durchschnittliche Aufenthaltsdauer beträgt etwa vier Tage. Das bedeutet rund 30 Mio. an- und abreisende Gäste, also über 60 Mio. Reisen jährlich, dazu kommen noch Fahrten in private Unterkünfte und Tagesfahrten. Ein Großteil der Urlaubsreisen wird mit dem eigenen Pkw durchgeführt. Der touristische Verkehr verursacht somit erhebliche Umweltbelastungen. Neben Lärm, Schadstoffen und CO₂ Emissionen sowie den Unfallrisiken des fließenden Verkehrs stellt der Flächenbedarf der abgestellten Pkw bei vielen touristischen Zielen ein Problem dar.

In Österreich haben sich daher zahlreiche Initiativen gebildet, die sich für „sanfte Mobilität“ im Tourismus einsetzen und zum Teil bereits erfolgreich Maßnahmen umgesetzt haben, die attraktives Reisen ohne eigenes Auto oder Flugzeug ermöglichen. Wichtig dabei sind neben umfassenden Informationen vor und während der Reise, preiswerten An-

geboten und Gepäcktransport auch gute Mobilitätsangebote in den Ferienregionen (Bus- und Bahnverkehr, Anrufsammeltaxis, Elektrofahrzeuge und Fahrräder zum Mieten ...)

Die vorgeschlagene Initiative im Rahmen der ÖSTRAT zielt nun auf die Bündelung dieser Initiativen, etwa beim Marketing und bei gemeinsamen Projekten. Schließlich sollen Verbesserungen für den touristischen Verkehr auch möglichst großen Nutzen für die alltägliche Mobilität der einheimischen Bevölkerung haben. Wichtige Umsetzungspartner sind Länder und Gemeinden, Österreich Werbung, Tourismusverbände, die Wirtschaftskammer Österreich, die Alpenkonvention, Tourismusdestinationen, Verkehrsunternehmen im In- und Ausland und das Kuratorium für Verkehrssicherheit.

- DI Ernst Lung
e ernst.lung@bmvit.gv.at
t +43 1 711 62 651 102
www.bmvit.gv.at/verkehr/gesamtverkehr/tourismus/index.html
- Dr.ⁱⁿ Veronika Holzer
e veronika.holzer@lebensministerium.at
t +43 1 515 22 12 10
www.umwelt.net.at/article/articleview/28093/1/7300

Nationalparks

Initiativen für mehr Synergien

Die Einzigartigkeit der sechs österreichischen Nationalparks ist eine wichtige Grundlage für naturnahen und nachhaltigen Tourismus in Österreich. Nationalparktourismus stellt aber auch einen wichtigen Wirtschaftsfaktor dar. Eine engere Zusammenarbeit der Nationalparks untereinander und mit externen Partnern ist notwendig, um im internationalen Wettbewerb erfolgreich zu sein. Sie wird heute aber vielfach noch dadurch erschwert, dass Produkte und Zielgruppen jeweils zu unterschiedlich sind. Dies sind Ergebnisse eines zweijährigen Diskussionsprozesses, den das Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend 2007 mit den Nationalparkdirektoren, Touristikern, der Österreich Werbung und dem Lebensministerium im Rahmen der Task Force „Tourismus und Nationalparks“ initiiert hat. Ende 2009 legte die Task Force ihren Endbericht dazu vor, der auch nachhaltige Wirkungen zeitigte:

- Aufbauend auf den Ergebnissen der Task Force wurden einzelne Initiativen auf Bürgermeisterebene

gesetzt. So haben etwa die 33 Regionsgemeinden der Nationalparkregion Hohe Tauern Ende 2009 eine Arbeitsgemeinschaft zur Erarbeitung eines länderübergreifenden Tourismusmarketingkonzepts für den Nationalpark Hohe Tauern gegründet.

- Das Lebensministerium hat gemeinsam mit den Bundesländern und verschiedenen Naturschutz-NGO eine neue österreichische Nationalparkstrategie erarbeitet, welche am 21. Juni 2010 präsentiert wurde. Ihr Schwerpunkt ist eine effiziente Organisation und Koordination des Nationalparkmanagements unter einer gemeinsamen Dachmarke.

Das Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend wird auch zukünftig im Rahmen seiner Möglichkeiten eine engere strategische Kooperation aller Nationalparkpartner unterstützen.

- Mag. Anton Zimmermann
e anton.zimmermann@bmwfj.gv.at
t +43 1 711 00 57 77
www.bmwfj.gv.at

östrat-initiativen

Themenfeld Ökoeffizienz und Ressourcenmanagement

Nachhaltige Entwicklung muss Wirtschaftswachstum von Ressourcenverbrauch entkoppeln. Dem stehen aber gängige Mobilitätsstrukturen und Konsummuster entgegen. Qualitatives Wachstum erfordert daher systemische Innovationen und die gleichzeitige Änderung von Produktionsweisen und Konsumverhalten. Ökoeffizienz kann so zu einem Standortfaktor für Österreich werden. Die öffentliche Beschaffung spielt dabei eine wichtige Rolle.



Ressourceneffizienz Aktionsplan

Gemeinsames Ziel: Schonung der Ressourcen

Bis Mitte des Jahres 2011 soll in einem breit angelegten Dialogprozess ein Ressourceneffizienz Aktionsplan (REAP) erarbeitet werden. Dieser soll Ziele zur Forcierung der Ressourceneffizienz in Österreich definieren und geeignete Leitmaßnahmen und Leitinstrumente festlegen. Das Lebensministerium koordiniert diesen Prozess, in dem Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung, die Bundesländern und die Zivilgesellschaft eingebunden sind. Der Aktionsplan Ressourceneffizienz liefert damit einen wesentlichen Umsetzungsbeitrag für die Österreichische Strategie Nachhaltige Entwicklung (ÖSTRAT) und das Themenfeld „Ökoeffizienz und Ressourcenmanagement durch nachhaltige Mobilität, Konsum- und Produktionsmuster“.

Win-Win-Ziele

Ein effizienter Umgang mit natürlichen Ressourcen verfolgt mehre-

re „Win-Win-Ziele“: Eine Reduktion des Ressourcenverbrauchs und eine Erhöhung der Ressourceneffizienz entlastet die Umwelt von Abfällen, Emissionen und ökologisch schädlichen Effekten. Ressourceneffizienz kommt aber auch der Wirtschaft zugute, denn angesichts steigender Rohstoffpreise können Strategien ausgearbeitet werden, die Unternehmen finanziell entlasten und Platz machen für Innovationen. Prozess- und Produktinnovationen und das Erschließen neuer Märkte führen auch zu neuen „Green Jobs“. Schließlich bedeutet der sorgsame und effiziente Umgang mit natürlichen Ressourcen mehr Versorgungssicherheit für gegenwärtige und zukünftige Generationen.

Round Table

Die Erstellung des REAP ist als Dialogprozess angelegt, bei dem die Einbindung bedeutender Stakehol-

der besonders wichtig ist. Es fanden bisher mehrere ExpertInnen-Workshops statt, in denen Themen und Inhalte des Aktionsplans besprochen wurden. Im Herbst 2010 wurde der erste „Round Table Ressourceneffizienz“ veranstaltet, der mit rund 200 TeilnehmerInnen ein großer Erfolg war und in weiterer Folge jährlich stattfinden wird und als Plattform eines „Netzwerks Ressourceneffizienz“ dient. Der Ressourceneffizienz Aktionsplan ist ein langfristiger Prozess, der nicht mit einem Bericht seinen Abschluss finden wird, sondern im Rahmen seiner Umsetzungsphase ab 2011 wichtige Akzente zur Verbesserung der österreichischen Ressourceneffizienz setzen wird.

■ DI Christopher Manstein
e christopher.manstein@
lebensministerium.at
t +43 1 515 22 16 05
www.lebensministerium.at



ÖkoKauf Wien

Modell für nachhaltige Beschaffung

Sowohl die EU als auch der Bund und andere Länder haben die Bedeutung der öffentlichen Beschaffung als Instrument für das Vorantreiben ressourcenschonender Wirtschaftsweisen mittlerweile in verschiedenen Strategiedokumenten festgehalten und möchten dieses Potenzial verstärkt nutzen. Die Stadt Wien hat sich frühzeitig dieses Themas angenommen und bereits 1998 das Programm ÖkoKauf Wien gestartet. Damit kann mittlerweile auf mehr als zehn Jahre Umsetzungserfahrung und eine Fülle an Materialien zurückgegriffen werden. Durch die Weitergabe des Wissens und die Kooperation mit anderen einschlägigen AkteurInnen soll die Wirksamkeit dieses Ansatzes weiter verstärkt werden. Über die unmittelbaren, die Umwelt entlastenden Effekte hinaus



liegt das besondere Potenzial in der Marktmacht eines so bedeutenden Nachfragers, wie sie die öffentliche Hand darstellt. Dadurch können die Markteinführung und Marktdiffusion umweltfreundlicherer Produkte und Dienstleistungen vorangetrieben und zukunftsorientierte Innovationen stimuliert werden. Um die Berücksichtigung ökologischer Maßnahmen im Beschaffungs- und Aus-

schreibungswesen zu erreichen, werden umweltbezogene Kriterienkataloge für die vom Magistrat der Stadt Wien und den ihm angeschlossenen Organisationen benötigten Waren, Produkte und Leistungen ausgearbeitet und weiterentwickelt. Diese sind durch einen Erlass des Magistratsdirektors verbindlich und bei der Vergabe ebenso wie Wirtschaftlichkeit, Qualitätsanforderung, ArbeitnehmerIn-

nenschutz und Gebrauchstauglichkeit zu berücksichtigen.

Weiters werden Textbausteine für Ausschreibungen und Positionspapiere erstellt, Pilotprojekte durchgeführt, Grundlagendaten und Bewertungsverfahren erarbeitet und Bewusstsein bildende Maßnahmen durchgeführt. Es ist geplant, im Sinne der Nachhaltigkeit auch soziale Aspekte in die Beurteilungen mit einfließen zu lassen.

Das im Zuge von ÖkoKauf Wien erarbeitete und dokumentierte Wissen steht nicht nur als Basis für die Auftragsvergabe der Stadt Wien zur Verfügung, sondern kann von jedermann als Orientierungshilfe herangezogen werden. Für KonsumentInnen werden die Informationen zusätzlich themenbezogen adäquat aufbereitet.

■ DIⁱⁿ Eva Persy, MBA
 e eva.persy@wien.gv.at
 t +43 1 4000 735 61
 Ergebnisse und Informationen:
www.oekokauf.wien.at
 Kontakt zur Programmleitung:
www.oekokauf.wien.at/beschaffung.html

östrat-initiativen

Themenfeld

Verantwortungsvolles Unternehmertum

Unternehmen haben hohes Wirkungspotenzial und tragen große gesellschaftliche Verantwortung. Corporate Social Responsibility (CSR) als glaubwürdiges soziales Engagement ist aber auch eine strategische Chance: Es motiviert die MitarbeiterInnen, stärkt das Image und eröffnet Innovationspotenziale. Als Erfolgsfaktor auch für den Standort Österreich soll CSR durch ein geeignetes Umfeld unterstützt werden.

FAIRantwortung

KMU legen **Berichte zur Nachhaltigkeit**

Im Rahmen des Projekts „Erfolg mit FAIRantwortung“ erstellen kleine und mittlere Unternehmen aus den unterschiedlichsten Branchen CSR-Strategien (Corporate Social Responsibility) sowie Nachhaltigkeitsberichte. Ziel des zwischen Jänner und Oktober 2010 in Niederösterreich gelaufenen Pilotprojekts war es, Nachhaltigkeit langfristig in Unternehmen



UnternehmerInnen mit FAIRantwortung

zu verankern und damit die regionale Entwicklung und die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Die 25 teilnehmenden Unternehmen haben sich im Rahmen ihrer CSR-Beratung intensiv mit der Einbindung von sozialen und ökologischen Kriterien in ihren Geschäftsalltag beschäftigt. Der Nutzen dabei reicht von gesteigerter Mitarbeitermotivation und Kundenbindung bis hin zu Ko-

steneinsparungen durch sorgsamem Ressourceneinsatz.

Seit 2008 wurde die Initiative „Erfolg mit FAIRantwortung“ bereits in vier Bundesländern durchgeführt, wobei in Niederösterreich erstmals auch Nachhaltigkeitsberichte erstellt wurden. Niederösterreich positioniert sich damit als Vorreiter, erscheinen doch österreichweit insgesamt nur rund zehn Berichte von KMU pro Jahr.

Der Erfolg des Pilotprojekts hat das Land Niederösterreich von der Notwendigkeit überzeugt, auch weiterhin kleineren Unternehmen die Möglichkeit zu bieten, sich strategisch mit

dem Thema auseinander zu setzen. Aus diesem Grund werden auch heuer wieder 15 Betriebe von professionellen BeraterInnen dabei unterstützt, einen Nachhaltigkeitsbericht zu erstellen

■ DI Thomas Steiner
e thomas.steiner@noel.gv.at
t +43 2742 9005 143 52
www.noel.gv.at

WIN

Begleitung in die **nachhaltige Zukunft**

Unternehmen agieren heute unter schwierigen Bedingungen. Steigende Energiepreise, die Globalisierung, der demographische Wandel und vieles mehr führen zu stark veränderten Märkten und steigendem Wettbewerbsdruck. Um aber als Unternehmen langfristig wirtschaftlich erfolgreich zu sein, ist es wichtig, innovativ zu denken und neben ökonomischen Erfolgsfaktoren auch seine ökologische und soziale Verantwortung wahrzunehmen.

Steirische Betriebe werden von der „Wirtschaftsinitiative Nachhaltigkeit – WIN“ auf ihrem Weg in eine „nachhaltige Zukunft“ begleitet. Die Wirtschaftsinitiative Nachhaltigkeit ist dabei eines von mittlerweile acht „Regionalprogrammen zum betrieblichen Umweltschutz“ in Österreich. Trotz unterschiedlicher Organisationsstrukturen und Fördermodalitäten ist den Regionalprogrammen das Ziel gemeinsam, österreichischen Betrieben durch geförderte Beratungsinhalte einen Anreiz für verantwortungsvolles und faires Verhalten gegenüber al-



len Zielgruppen des Unternehmens und gegenüber der natürlichen Umwelt zu bieten.

Im Mittelpunkt der Beratungsprojekte stehen dabei schnell umsetzbare Maßnahmen zum Energiesparen und mehr Energieeffizienz genauso wie die Einführung von Umweltmanagementsystemen oder die Begleitung langfristig wirksamer, partizipativ erstellter nachhaltiger Unternehmensstrategien. Betriebe, die auf diese Weise proaktiv mit Zukunftstrends umgehen und sich



WIRTSCHAFTSINITIATIVE
NACHHALTIGKEIT

ihrer Verantwortung gegenüber Umwelt und Gesellschaft bewusst sind, schaffen einen Mehrwert – für sich und die künftigen Generationen.

■ DIⁱⁿ Silke Leichtfried
e silke.leichtfried@stmk.gv.at
t +43 316 877 45 05
www.win.steiermark.at

Masterplan green jobs

Beschäftigung durch Umweltschutz

Im Oktober 2010 wurde von Bundesminister Niki Berlakovich der „Masterplan green jobs“ präsentiert. Es handelt sich dabei um die österreichische Strategie zur Maximierung von umweltrelevanten Beschäftigungseffekten, welche in Zusammenarbeit mit einer Vielzahl von Expertinnen und Experten aus Ministerien, Interessenvertretungen und öffentlichen Einrichtungen erarbeitet wurde.

Gemäß der EU-weit akkordierten Definition versteht man unter „green jobs“ all jene Beschäftigten, welche Güter und Technologien produzieren und Dienstleistungen zur Verfügung stellen, deren Hauptzweck es ist, die Umwelt zu schützen und die Ressourcen zu schonen.

„Green jobs“ sind krisensichere Arbeitsplätze, welche nicht nur dem Ausbau der Wertschöpfung und des Wohlstandes dienen, sondern auch zum Erhalt und zur Schonung der Ökosysteme nachhaltig beitragen. Derzeit gibt es rund 200.000 „green jobs“ in Österreich. Bereits jetzt wird in Österreich jeder zehnte Euro mit der Umwelt verdient. Eine Erhebung der Statistik Aus-

tria belegt, dass die Investitionen in die Umweltwirtschaft große Wirkung zeigen. Während in der Wirtschaftskrise in der österreichischen Gesamtwirtschaft Österreich ein Rückgang der Beschäftigten im Ausmaß von 0,6 Prozent zu verzeichnen war, kam es in der Umweltwirtschaft zu einem gegenläufigen Trend. Die Umweltbeschäftigung stieg im Jahresvergleich 2008 zu 2009 um 3,7%.

Insbesondere die Initiativen im „Management der Energieressourcen“ haben einen großen Einfluss auf die Entwicklung der Umweltwirtschaft und ihrer Beschäftigtenzahlen. Von 2008 bis 2009 konnte im Sektor „Erneuerbare Energien“ ein Zuwachs von neun Prozent registriert werden. Mit Maßnahmen, die auf Österreichs Energieautarkie abzielen, können damit auch positive und zukunftsweisende Beschäftigungseffekte erreicht werden.

■ Mag. Dr. Josef Behofsics
e josef.behofsics@
lebensministerium.at
t +43 1 515 22 1329
www.lebensministerium.at

östrat-initiativen

Themenfeld

Bildung, Kommunikation und Forschung

Nachhaltige Entwicklung setzt eine Bildung voraus, die auf humanistischen Idealen sowie der kritischen Reflexion gesellschaftlicher Rahmenbedingungen basiert. Nachhaltige Entwicklung braucht aber auch eine Kommunikationsarbeit, die die Wirkungen von Lebensstilen und Konsummustern vermittelt, und eine öffentlich unterstützte Forschung als zentralen Innovationsmotor für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung.



Öko-Fußabdruck

Den Lebensstil vermessen

Ständig werden wir mit dem Begriff „Nachhaltigkeit“ konfrontiert, doch was heißt dies für den einzelnen Menschen? Der ökologische Fußabdruck ist eine wissenschaftliche Methode, die auf einfache Art und Weise Zusammenhänge aufzeigt und geeignet ist, die Zukunftsfähigkeit des Lebensstils zu überprüfen. Jede/Jeder kann anhand seiner Lebensweise feststellen, wie groß der persönliche Fußabdruck ist und überlegen, mit welchen Maßnahmen dieser verringert werden kann – ohne Lebenslust und Freude zu verlieren. Ziel der Initiative ist, die Menschen für Ihre Zukunft sensibel zu machen und zu verantwortungsvollem Handeln gegenüber der Umwelt und den Menschen anzuleiten.

Der Fußabdruckrechner wurde vom Lebensministerium in Kooperation mit dem ORF im Web eingerichtet. Von der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen wurden im Auftrag der Nachhaltigkeitskoordination Salzburg Materialien ausgearbeitet, die kostengünstig von der Steiermark



übernommen und bedarfsorientiert weiter entwickelt werden konnten. Durch die enge Vernetzung der Akteure in den Bundesländern erfolgte eine rasche und umfassende Verbreitung des Themas. Innerhalb kürzester Zeit konnten in den verschiedenen Bundesländern „Footprint-Experten“ geschult werden, die sowohl in Schulen als auch bei Kommunen und Betrieben für Vorträge und Veranstaltungen zur Verfügung stehen. Damit konnten über 50.000 Personen persönlich angesprochen und informiert werden.

■ DIⁱⁿ Gudrun Walter
 e gudrun.walter@stmk.gv.at
 t +43 316 877 42 67
 www.nachhaltigkeit.steiermark.at

proVISION

Forschungsbasis für nachhaltige Entwicklung

proVISION ist das Forschungsprogramm des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung, mit dem die österreichische Strategie „Forschung für nachhaltige Entwicklung (FORNE)“ umgesetzt wird. Thematisch widmet sich proVISION den Zusammenhängen von Klimawandel, Raumentwicklung und Lebensqualität. Komplementär zu anderen Nachhaltigkeitsforschungsprogrammen werden die Öko- und Soziosphäre in den Blick genommen, also die Wechselwirkungen zwischen Gesellschaft und Natur. Dies setzte zum einen Interdisziplinarität voraus, zum anderen ein intensives Zusammenwirken mit den Menschen in der Region. Das wiederum erforderte auch eine hohe Sensibilität für eine Sprache, die die Menschen erreichen kann.

Durch die Einbindung aller relevanten Universitäten und Forschungsinstitutionen hat proVISION eine kritische Masse an grundlagenorientierter interdisziplinärer Nachhaltigkeitsforschung geschaffen. Damit ist auch eine Institutionalisierung der Nachhaltigkeitsforschung





an der Universität gelungen, wofür das „Doktoratskolleg nachhaltige Entwicklung“ (DoknE) an der Universität für Bodenkultur ein markantes Beispiel ist. Mehr als 400 Publikationen und Aktivitäten für die Wissenschaft sowie rund 170 Publikationen und Aktivitäten (Veranstaltungen, Workshops, Radio- und Fernsehbeiträge usw.) für die Praxis sind bisher aus dem Programm hervorgegangen. Unter dem Titel „proVISION unterwegs“ tourte von März 2008 bis Mai 2009 eine Wanderausstellung



durch Österreich, bei der in einer „Wissensbox“ mit interaktiven Medien (Video- u. Audioclips, Diashows, Logbuch) die Inhalte der Forschungsprojekte vermittelt wurden.

■ Dr.ⁱⁿ Karolina Begusch-Pfefferkorn
 e karolina.begusch-pfefferkorn@bmf.gv.at
 t +43 1 531 20 56 38
 www.provision-research.at

Sustainability Award

Vorbildliche Vermittler von Werten

Als Bildungsstätten von zukünftigen Entscheidungstragenden übernehmen die Universitäten und Hochschulen große Verantwortung, um das Ziel der UN-Dekade „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ zu erfüllen, nämlich die Integration und stärkere Verankerung nachhaltiger Entwicklung in den nationalen Bildungsvorhaben. Mit dem Sustainability Award sollen die oft isoliert agierenden Stakeholder, die mit ihren Initiativen den Weg zur nachhaltigen Entwicklung aufbereiten, miteinander vernetzt und anderen Einrichtungen als inspirierende Vorbilder vorgestellt werden. Die verschiedenen Institutionen des Hochschulsektors stehen nicht allein für die Erforschung und Lehre umweltrelevanter Wissenschaften, sondern dienen auch als Vermittler von gesellschaftlichen Normen und Werten. Aufgaben im Bereich des Umweltmanagements und des Umweltschutzes sind mittlerweile fix

in den Alltag integriert, während die Herausforderungen im Bereich der sozialen Dimension der nachhaltigen Entwicklung noch weiterer innovativer Ansätze und breiterer Aufmerksamkeit bedürfen. Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Genderaspekte, aber auch Ernährung und Gesundheitsvorsorge sind Themen, die in verschiedenen Modellen an den Hochschulen bearbeitet und erprobt werden können.



Bildung für Nachhaltige Entwicklung schult das Erkennen von Zusammenhängen, das Antizipieren von Entwicklungen, das Denken über Disziplinen und Sparten hinweg, fördert autonomes, verantwortungsbewusstes Handeln und interkulturelle Interaktion. Sie schafft damit ideale Voraussetzungen, um in dem florierenden Bereich der „green jobs“ zu reüssieren.

■ Dr.ⁱⁿ Evi Frei
 e evi.frei@bmf.gv.at
 t +43 1 531 20 60 30
 www.bmf.gv.at
 Dr. Peter Iwaniewicz
 e peter.iwaniewicz@lebensministerium.at
 t +43 1 515 22-1610
 www.lebensministerium.at

östrat-initiativen

Good Governance

Themenfeld

Gesellschaftliche Diskussions- und Aushandlungsprozesse sind wichtig, um ökonomische, soziale und ökologische Anliegen miteinander in Einklang zu bringen. Good Governance organisiert diese Prozesse im Rahmen einer qualitativvollen Zusammenarbeit von Staat und Zivilgesellschaft. Dazu gilt es, neue Formen partizipativer Demokratie zu etablieren und Instrumente der Qualitätssicherung und der Erfolgskontrolle zu entwickeln.



Agenda 21

Ein Netz von Landeplätzen für Nachhaltigkeit

Die Nachhaltigkeitsprogramme von UNO, EU, Bund und Ländern weisen die Lokale Agenda 21 als zentrales Instrument zur Umsetzung einer Nachhaltigen Entwicklung auf kommunaler und regionaler Ebene aus. In Österreich gibt es bundesweit bereits 430 Agenda 21-Gemeinden und 35 Agenda 21-Regionen. Mehr als 30.000 BürgerInnen haben sich bisher aktiv beteiligt und geschätzte 3.000 Umsetzungsprojekte sind entstanden. Die LA21 stellt ein Netzwerk von „Landeplätzen für Nachhaltigkeit“ dar, wo die Ziele und Grundsätze der übergeordneten Programme ins Konkrete und Erlebbar gebracht werden.

Wesentlich dabei ist die laufende Verbesserung der Qualitäten von LA21-Prozessen. Die Arbeitsgruppe „DNS-LA21“ der NachhaltigkeitskoordinatorInnen hat Basisqualitäten für lokale und regionale Agenda 21-Prozesse in Österreich in folgenden drei Bereichen erarbeitet:

1. Basisqualitäten für den Prozessablauf (Beschluss, breite Beteili-

gung, Leitbild, Umsetzung, Erfolgsüberprüfung, Vernetzung)

2. Basisqualitäten für Beteiligung (aktives Mitplanen und Mitgestalten)

3. Inhaltliche Basisqualitäten (soziale, wirtschaftliche und ökologische Nachhaltigkeitsziele)

Diese Qualitäten sind für alle Prozesse, die ab 2009 gestartet wurden, verbindlich und werden von den Leitstellen der Bundesländer gemeinsam mit den betroffenen Gemeinden, Bezirken und Regionen überprüft und dokumentiert. Damit sollen folgende Ziele erreicht werden:

- Langfristiges Stabilisieren von LA 21-Prozessen,
- Bessere inhaltliche Ausrichtung an den Prinzipien und Zielen einer Nachhaltigen Entwicklung,
- Transparenz der Erfolgsfaktoren für die lokalen EntscheidungsträgerInnen und ProzessbegleiterInnen,
- Bessere Unterscheidbarkeit der LA21 zu anderen Instrumenten der Gemeinde- und Regionalentwicklung.

■ DI Günther Humer
 e guenther.humer@ooe.gv.at
 t +43 732 7720 144 44
 www.ooe.gv.at

Politik neu gestalten

Forcierte Beteiligung der Öffentlichkeit

Seit drei Jahren geben „Standards der Öffentlichkeitsbeteiligung“ den VerwaltungsmitarbeiterInnen Anreiz und Anregung dafür, bei der Erarbeitung von Plänen, Programmen und Rechtsakten möglichst umfassend die Öffentlichkeit einzubinden. Dies ist das Resultat eines im Jahr 2005 in der österreichischen Bundesverwaltung mit konkreten Maßnahmen eingeleiteten Projekts zur Förderung von Öffentlichkeitsbeteiligung. Unter der Federführung von Bundeskanzleramt und Lebensministerium wurde ein Prozess gestartet, der auf die Etablierung dieser Standards abzielte.

In einem mehrstufigen Prozess, in den die Ressorts eingebunden waren, kam eine erste gemeinsam erarbeitete Fassung zustande, die an wichtige VertreterInnen von Gebietskörperschaften, Sozialpartner und verschiedene NGO's zur Ansicht und mit der Bitte um Kommentare und Ergänzungen weitergeleitet wurde. Zahlreiche Anmerkungen und Kommentare ließen auf ein reges Interesse an dem



Nachhaltigkeit messen

Neue Tools für Planung und Evaluierung

Thema schließen und im Sommer 2007 wurden die „Standards zur Öffentlichkeitsbeteiligung“ in Form eines Ministerratsvortrags (MRV) beschlossen.

Mittlerweile ist neben den Standards auch ein Praxisleitfaden zur Öffentlichkeitsbeteiligung unter Federführung des Lebensministeriums fertig gestellt worden. Dieser soll bei der konkreten Umsetzung von Beteiligungsverfahren die notwendigen Infos, Tipps, und Tools zur Verfügung stellen. Der Leitfaden soll bis Mitte dieses Jahres gedruckt vorliegen.

Zusätzlich zu diesen Verbreitungsformen ist geplant, auf der Plattform www.help.gv.at ein Instrument zu schaffen, das BürgerInnen erlaubt, sich direkt in Beteiligungsprozesse einzuklinken. Noch heuer soll eine interministerielle Arbeitsgruppe zum Thema Öffentlichkeitsbeteiligung im Bund einberufen werden.

■ Mag.^a Eva Nikolov-Bruckner
 e eva.nikolov-bruckner@bka.gv.at
 t +43 1 531 15 71 40
 www.bka.gv.at

Die meisten Länder haben sich bereits seit Jahren mit dem Thema „Nachhaltigkeit prüfen und evaluieren“ auseinandergesetzt. Im Rahmen der ÖSTRAT wurde der Austausch über konkrete Erfahrungen in der Entwicklung von Instrumenten und deren Anwendungen intensiviert und z.B. in einem länderübergreifenden Workshop die wesentlichen Herausforderungen und Lösungsansätze herausgearbeitet.

Es ist wichtig, bereits in der Entstehungs- und Planungsphase von Projekten nachhaltige Wirkungen einzuschätzen, um daraus Vorschläge für Verbesserungen in Richtung Nachhaltiger Entwicklung ableiten und Maßnahmen richtungssicher und effizient begleiten zu können. Seit 2001 wird in Vorarlberg ein lern- und Aktivitäten-orientierter Ansatz gewählt. Erfahrungen bündeln sich im Büro für Zukunftsfragen und seit 2005 in der gemeinnützigen GmbH Kairos. Daraus wurden Instrumente entwickelt und auch in Anwendung gebracht, die als Beispiele für die ÖSTRAT dienen

können. Instrumente existieren auf einer übergeordneten Ebene (Projekt Check), auf Ebene der Landesverwaltung (Verwaltung hoch4) und auf Ebene unterschiedlicher Regionalplanungsgemeinschaften und Kommunen (z.B. ProjektDialog).

Eine wesentliche Herausforderung ist die Frage, wie Nachhaltigkeitsinstrumente in die Verwaltungsarbeit und Verwaltungsentwicklung integrierbar sein werden und wie eine Akzeptanz durch die Umsetzer, ein politischer Auftrag, Glaubwürdigkeit und Eigenverantwortung entstehen können. Dazu ist es notwendig, dass Nachhaltigkeit als eine Führungsaufgabe und Chance gesehen wird. Die Nachhaltigkeitskoordinatoren sind dabei meist Hüter und Entwickler eines Prozesses, um auf Antworten zu kommen und Akteure und Verantwortliche zusammenzubringen

■ Mag. Bertram Meusburger
 e bertram.meusburger@vorarlberg.at
 t +43 5574 511 206 12
 www.vorarlberg.at/zukunft

östrat-initiativen

Themenfeld

Gesundheit, Prävention und Altern

Die Lebenserwartung steigt, der Anteil der älteren Menschen, die der Betreuung und Pflege bedürfen, nimmt zu. Gleichzeitig steigen die Umweltbelastungen und der physische und psychische Druck am Arbeitsplatz. Ein nachhaltiges Gesundheitswesen, basierend auf einer gesicherten öffentlichen Finanzierung, muss darauf reagieren. Dazu gilt es auch bei einer gesundheitsförderlichen, geschlechter- und altersgerechten Arbeitswelt anzusetzen.

Lebensqualität im Alter

Qualität **sichtbar** machen

Das Nationale Qualitätszertifikat (NQZ) ist ein österreichweit einheitliches branchenspezifisches Verfahren zur objektiven Fremdbewertung der Qualität von Alten- und Pflegeheimen. Mit dem NQZ können Häuser ausgezeichnet werden, die, über die gesetzlichen Bestimmungen hinaus, weitreichende Maßnahmen zur Sicherstellung der größtmöglichen individuellen Lebensqualität ihrer BewohnerInnen gesetzt haben. Ziele sind unter anderem, diese Qualität sichtbar zu machen, mit einem einheitlichen System einen Wildwuchs an „Gütesiegeln“ hintanzuhalten und besonders einen Anreiz für eine nachhaltige branchenweite Weiterentwicklung der Qualität zu geben.

Veränderte Ansprüche

In Österreich leben rund 70.000 Menschen in Alten- und Pflegeheimen. Aufgrund der gesellschaftlichen Veränderungen haben sich Qualitätsempfinden und Ansprüche der BewohnerInnen und ihrer An-

gehörigen geändert. Zugleich haben konzeptive Entwicklungen in der Altenpflege zu einem neuen Qualitätsverständnis der Heime geführt. Neben der Strukturqualität gewinnen Prozess- und Ergebnisqualität immer mehr an Bedeutung.

Entwickelt wird das NQZ von einer vom Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (BMASK) gemeinsam mit dem Bundesverband der Alten- und Pflegeheime Österreichs eingerichteten Arbeitsgruppe, in der alle Bundesländer und führende ExpertInnen aus den Bereichen Qualitätsmanagement und Altenarbeit vertreten sind. Die Zertifizierung erfolgt anhand einheitlicher Zertifizierungsinstrumente durch unabhängige,



branchenerfahrene und speziell ausgebildete ZertifiziererInnen. Der Zertifizierungsprozess orientiert sich an international üblichen Normen.

Erweiterung des Modells

2008/2009 fand eine Pilotphase statt, in der österreichweit 14 von den Ländern vorgeschlagene Pilothäuser bewertet wurden. Im Jahr 2010 wurde eine Erweiterung des NQZ-Modells für den Geriatriebereich und für Häuser, die standardmäßig Hospiz und Palliative Care eingeführt haben, vorgenommen. In der AG NQZ wird derzeit eine Implementierungsstrategie für den Regelbetrieb erarbeitet. Zwischenzeitlich werden in Abstimmung mit den Ländern in einer Überleitungsphase (2010-2012) die Zertifizierungen weitergeführt. Die Kosten tragen Bund und Länder gemeinsam.

■ Dr.ⁱⁿ Heidemarie Haydari
 e heidemarie.haydari@bmask.gv.at
 t +43 1 711 00 3285
 www.bmask.gv.at



Recht auf Rehab

Länger und gesünder im Berufsleben

Wie alle modernen Gesellschaften ist auch Österreich mit dem Prozess der demografischen Alterung konfrontiert. Gesunkene Kinderzahlen und eine weiterhin steigende Lebenserwartung bewirken, dass die Bevölkerung langfristig altert. Erschwerend kommt hinzu, dass das faktische Pensionsalter trotz Auslaufens der vorzeitigen Alterspensionen bei langer Versicherungsdauer weiterhin weit unter dem Regelpensionsalter liegt. Das drängt das Pensionssystem an die Grenze seiner Finanzierbarkeit. Es gilt, die Menschen länger und gesünder im Berufsleben zu halten. Und das erfordert Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitsfähigkeit und zur Vorbeugung eines krankheitsbedingten Ausscheidens.

Neuordnung der Invaliditätspension

Voraussetzung ist die Neuordnung des Invaliditätspensionsrechts, wofür bereits das Regierungsprogramm für die XXIII. Gesetzge-

bungsperiode die Einsetzung einer Arbeitsgruppe bestehend aus Sozialpartnern, Regierungsvertretern und anderen Experten vorsah. In den dazu vom Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz organisierten Arbeitsgesprächen wurde die Bedeutung der Prävention zur Vermeidung von Invalidität herausgestrichen.

Das Regierungsprogramm für die XXIV. Gesetzgebungsperiode (seit 28.10.2008) hat diese Ergebnisse und Vorschläge aufgegriffen und festgelegt, dass das einschlägige Organisationsrecht, das Präventionsrecht und das Invaliditätsrecht reformiert werden sollen. Im Zentrum der Reformen stand dabei die Intensivierung und Modernisierung der beruflichen Rehabilitation zur Erlangung bzw. Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit. Mit dem ab dem 1. Jänner 2011 in Kraft getretenen Budgetbegleitgesetz 2011 hat die Bundesregierung das angestrebte Ziel einer Neuordnung des Invaliditätspensionsrechts umgesetzt.

Rehabilitation vor Pension

In Umsetzung des Gedankens: „Rehabilitation vor Pension“ wurde ein Rechtsanspruch auf eine Rehabilitation geschaffen, wenn die Voraussetzungen für eine Invaliditätspension zumindest wahrscheinlich sind. Ziel ist es, die Menschen länger und gesund im Erwerbsleben zu halten. Zur Abfederung von Härtefällen wurde ergänzend hiezu für Menschen mit erheblichen Gesundheitsschäden ein qualifizierter Schutz ab Vollendung des 50. Lebensjahres geschaffen.

Wiewohl sich die Bundesregierung das Ziel einer nachhaltigen Verminderung der Invaliditätspensionen durch wirksamere Prävention und Rehabilitation vor der Pension gesetzt hatte, geht es nicht darum, eingeschränkten Menschen den Weg in die Pension zu verwehren, sondern es gar nicht erst so weit kommen zu lassen, dass Menschen so schwer erkranken. Nicht zuletzt stellt die Möglichkeit, länger und gesund im Erwerbsleben bleiben zu können, auch einen Gewinn an Lebensqualität dar.

■ Mag. Erhard d'Aron
 e erhard.daron@bmask.gv.at
 t +43 1 711 00 6121
 www.bmask.gv.at

